

Niederschrift

zur 57. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

| Sitzungsdatum | Sitzungsdauer | Sitzungsort |
|--------------------------|------------------|-------------------------------------|
| Mittwoch, den 10.10.2018 | 18:39- 20:10 Uhr | Beratungszimmer des Alten Rathauses |

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse , Stephan Wende für Monika Fiedler ab 18.49 Uhr

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann für Karin Lehmann

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Janett Seiler für Nancy Krüger

SPD-Fraktion

Jens Finka , Sebastian Rausch ab 18.35 Uhr, Elke Wagner

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink für Eberhard Henkel

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Verwaltung

Christfried Tschepe , Erster Beigeordneter Herr Wichary ab 19.55 Uhr, Anke Marggraf , Irina Retzlaff
 Marion Rothe OB Molkenberg , Uwe Stemmler MOZ, vier interessierte Gäste

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler

CDU-Fraktion

Karin Lehmann

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Nancy Krüger

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Es sind zunächst 12 (ab TOP 7.3. 13) Ausschussmitglieder und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil vom 19.9.2018 noch nicht vorliegt. Somit entfällt der TOP 11.2.

Frau Wagner beantragt, den TOP 7.2. Antrag 6/AN/787 zum Babybegrüßungsdienst von der Tagesordnung abzusetzen. Die Verwaltung hat zugesagt, mehrere Varianten zu erarbeiten wie der Babybegrüßungsdienst doch noch fortgesetzt werden kann. Diese sollen zunächst im Ausschuss für Kultur, Soziales und Sport diskutiert werden.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor.

Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 29.8.2018

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 19.09.2018

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass am 18.10.18 vor der STVV eine Sondersitzung des Hauptausschusses zu einer Vergabe stattfindet. Die Sitzung beginnt um 17.45 Uhr.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Herr Schröder (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) richtet die Frage an die Fraktion DIE LINKE zu den Mietverträgen für die Mieter in der Leistikowstraße. Lt. Aussage soll der Beschluss zur Verlängerung der Mietverträge auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wieder aufgehoben und neu zur Diskussion gestellt werden. Er möchte wissen, womit diese Vorgehensweise begründet wird, um den 10 Handwerkern die Existenz zu nehmen?

Hierzu merkt der Vorsitzende an, dass die Diskussion – keine Beschlussfassung - zu dieser Thematik im nichtöffentlichen Teil erfolgt und er fände es zielführender, die Frage in der STVV zu stellen, da noch nicht alle Informationen vorliegen.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde: Qualität der Mittagsversorgung kontrollieren!" 6/AN/749

Herr Sachse bittet um Zurückstellung des TOP. Er begründet dies damit, zunächst abzuwarten, da lt. Aussage des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen am 30.10.2018 die erste Überprüfung lt. Vertrag stattfinden soll. Das Prüfergebnis bleibt abzuwarten, bevor erneut darüber befunden wird.

Verweisung

TOP 7.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD - Aussetzung des Babybürgerdienstes unverzüglich zurücknehmen 6/AN/787

Verweisung

TOP 7.3 Antrag des Ortsbeirates Molkenberg - Erstellung eines Verkehrswege- und Gestaltungskonzeptes und Ausführung notwendiger Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen 6/AN/776

Frau Rothe, Ortsvorsteherin in Molkenberg, (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) führt aus, dass der Antrag daher rührt, dass die Molkenberger finden, dass es einen schönen Dorfkreis aus Kopfsteinpflaster gibt, der aber seit 29 Jahren nicht instand gehalten wird. Es gibt Geröll auf der Straße und Metallteile schauen aus dem Boden. Die Straße wird von Anwohnern, Entsorgungsfahrzeugen, Rettungsdienst etc. genutzt. In Teilen befindet sich Kopfsteinpflaster und unbefestigte Bereiche sind stark ausgefahren. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung, inwieweit eine Ausbesserung bzw. eine Wiederherstellung des Kopfsteinpflasters möglich ist, ohne Beteiligung der Anwohner.

Herr Tschepe versteht die Unzufriedenheit der Molkenberger und sagt, dass perspektivisch ein grundhafter Ausbau, auf Grund der beträchtlichen Schäden, erforderlich ist. Zu prüfen wäre ob an einzelnen Stellen relativ schnell etwas gemacht werden kann, denn die Wiederherstellung des Pflasters ist sehr aufwendig und müsse langfristig angegangen werden.

Herr Dippe kann den Antrag nachvollziehen und fragt die Verwaltung, ob der Prüfauftrag konkret genug ist oder nachjustiert werden muss.

Herr Tschepe erwidert, dass der Auftrag ausreichend ist gibt aber zu bedenken, dass bei einem Einbau einer ordentlichen Regenentwässerungsanlage und Erneuerung der nicht befestigten Bereiche dies eine umlagepflichtige Maßnahme darstellt.

Frau Rothe hätte gerne konkrete Zahlen, was auf die Anwohner zukommt. Denn viele Rentner könnten diesen hohen Betrag nicht aufbringen und würden den Ausbau der Straßen ablehnen.

Herr Dippe hat den Eindruck, dass die Anwohner konkrete Zahlen im Rahmen der Prüfung haben möchten, um zu wissen welcher Betrag auf sie zukommt. Die Verwaltung hat gerade nur von Quoten gesprochen und damit werden sich die Anwohner nicht zufrieden geben, worauf Frau Rothe erwidert, dass eine grobe Schätzung der Kosten hilfreich wäre.

Auch Herr Sachse kann die Situation der Molkenberger gut nachvollziehen; sagt aber, dass die Straße in Molkenberg eine andere Qualität hat und nicht mit einer Sandstraße zu vergleichen ist. Es handelt sich nicht um die erstmalige Herstellung einer Straße. Er bittet die Verwaltung zu überdenken, zumindest in Teilbereichen eine dauerhafte Befestigung vorzunehmen der unterhalb des Standards liegt der umlagepflichtig ist.

Wenn wir nicht über eine Erschließung reden, so der Bürgermeister, reden wir über einen grundhaften Ausbau. Die Frage nach der Umlagepflicht kann klar und deutlich mit ja beantwortet werden. Die Höhe kann erst nach einer Grobplanung geschätzt werden.

Der Vorsitzende bittet zum Antrag zurückzukommen, worauf Herr Ksink noch anmerkt, dass der Antrag zwei geteilt ist, Vorbereitung der notwendigen Reparaturen und Prüfung des Kostenrahmens.

Herr Fischer versteht den Antrag so, dass von der Gestaltung des Angers und nicht von einer Straße die Rede ist und fragt, ob es sinnvoll ist über den Pkt. 2 und 3 im Beschlussvorschlag zu befinden.

Herr Koch sagt, dass sich der Fachausschuss für die Drucksache ausgesprochen hat und es im Detail dem Ortsbeirat und der Verwaltung überlassen ist, es auszugestalten.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass die Verwaltung bei Beschluss des Antrages 10.000 Euro für die Planungskosten in den Haushalt einstellen muss.

Herr Zänker: Wenn für die Planung 10.000 Euro ausgegeben werden in dem Wissen, dass die Anwohner keine Umlage zahlen wollen, dann ist die Planung nicht notwendig, worauf Herr Tschepe erwidert, dass die Vorplanung noch nicht umlagepflichtig wäre.

Herr Wende schlägt vor, Fördermittel (ELA-Förderung) für die Erarbeitung einer Idee zu beantragen. Nach dem Molkenberg OT geworden ist, so Herr Tschepe, hat die Verwaltung versucht den OT als ELA-Förderkulisse anzumelden. Dies ist abgelehnt worden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt:

1. die Erstellung eines Verkehrswege- und Gestaltungskonzeptes für den Anger des Ortsteils Molkenberg.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2. den Prüfauftrag an die Verwaltung:

- 2.1. Werden für die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der öffentlichen Straße um den Anger zur umlaufenden Wiederherstellung des Kopfsteinpflasters bis zur Hauptstraße Abgaben nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) gegenüber den Anwohnern erhoben und wenn ja, in welcher Höhe werden diese auf die jeweiligen Anlieger umgelegt?

- 2.2. Werden für die notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen des öffentlichen Gehweges am Feldreiterhof Abgaben nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) gegenüber den Anwohnern erhoben und wenn ja, in welcher Höhe werden diese auf die jeweiligen Anlieger umgelegt?

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Die Ausführung der notwendigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der öffentlichen Straße um den Anger und am öffentlichen Gehweg am Feldreiterhof, wie unter Punkt 2 beschrieben, sollten die Prüfaufträge unter Punkt 2 ergeben haben, dass diese Maßnahmen nicht umlagefähig sind.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Antrag der FDP-Fraktion - Mehrwegtassen für den Weihnachtsmarkt in 6/AN/774 Fürstenwalde/Spree

Der Antrag findet die Zustimmung der Mehrheit; nur die Umsetzung in diesem Jahr erscheint zu knapp. Die Verwaltung prüft den Einsatz von Mehrwegtassen ab dem Jahr 2019.

Herr Wende bittet auch zu prüfen, inwiefern die Gastronomen mit beauftragt werden können.

Auch Frau Seiler erwähnt, dass das schon Bestandteil der Diskussion war, dass Anbieter die Tassen mitbringen; es ging nur noch um das Platzangebot für die Reinigung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung von Mehrwegglühweintassen zu prüfen und soweit möglich, für den Markt in 2019 einzuführen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde - Fuß- und Radweg 6/AN/770 nach Fürstenwalde Süd-West (Rauensche Ziegelei) errichten"

Herr Wende geht auf den Antrag ein und sagt, dass der Radweg nötig ist, auch im Vergleich zu anderen Wegen, weil Mittel aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb grundsätzlich realisierbar sind.

Herr Fischer ist der Meinung, dass der Radweg in die Investitionsliste aufgenommen worden ist und nicht noch einmal beschlossen werden muss. Des Weiteren fragt er nach der Höhe der Planungskosten und wie wahrscheinlich es ist, dass der Radweg gefördert wird.

Herr Tschepe teilt mit, dass es zu diesem Sachverhalt eine ganze Reihe von Problemen gibt. Verschiedene Dinge müssen erst im Vorfeld geklärt werden, bevor Gelder ausgegeben werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Planung für einen Fuß- und Radweg von Fürstenwalde (Fahrradbrücke – R.-Breitscheid-Straße – Lützwöring) in den Ortsteil Fürstenwalde Süd-West (Rauensche Ziegelei/Spreenhagener Straße) vorzunehmen.
2. die Investition aus den Mitteln des Stadt-Umland-Wettbewerbs (SUW) im Jahr 2019 zu realisieren und in den Haushaltsplan der Stadt 2019 einzustellen.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der 6/DS/781 Stadt Fürstenwalde/Spree

Herr Petenati fragt bei der Verwaltung nach, welche Auswirkung die Entscheidung der Rauener, sich vom bisherigen Träger zu trennen, für die Stadt hat.

Nach seinem Kenntnisstand, so der Bürgermeister, hat sich nichts geändert. Rauen hat den Mietvertrag über das Gebäude gekündigt und JuSeV geht gerichtlich dagegen vor. Die Mehrheit der Gemeindevertretung in Rauen hat sich gegen die Zusammenarbeit mit dem Träger entschieden. Vielleicht besteht die Möglichkeit auf Einigung eines Termins (2019-2021) um Planungssicherheit für alle anderen Beteiligten herzustellen. Die Rauener Gemeindevertretung hat auch einen Antrag auf Gründung einer eigenen staatlichen Grundschule beschlossen. Dafür bedarf es einer gewissen Vorlaufzeit um einfach auch die Unsicherheiten für die Eltern und die Stadt ein Stückweit zu begrenzen. Dies wurde in einem Gespräch mit Herrn Schröder, Herrn Sprunghofer und Herrn Pilz vom Schulverwaltungsamt auch so kommuniziert.

Herr Fischer fragt, ob aus Sicht der Verwaltung vielleicht angedacht ist, dass die Stadt für die Unterbringung von Schülern die Verträge mit der Gemeinde Rauen schließt.

Herr Wende bezieht sich auf die Ausführungen des Bürgermeisters und findet es richtig, die Gespräche mit anderen Kommunen auf Verwaltungsebene zu suchen, um eine gemeinsame Planung abzustimmen. Er erinnert an einen Beschluss der STVV zur Grundschulentwicklungskonzeption in dem die anliegenden Kommunen mit einbezogen werden sollen.

Abschließend stellt er die Frage, warum die Clusterbildung, wie vom Stadtelternrat vorgeschlagen, generell abgelehnt wird.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen, so Herr Rudolph, ist dies nicht möglich. Jeder könne dann zurückverfolgen, wo ein Kind wohnt, da man für einzelne Kinder den Schulweg ausrechnen müsste. Außerdem gäbe es bei einer Überlappung wieder mehr Anträge von Eltern.

Schließlich wurde noch darüber diskutiert, ob man für Geschwisterkinder in der Satzung das Recht formulieren kann, auf die gleiche Schule zu gehen.

Der Bürgermeister räumt ein, dass das Landesgesetz die spezielle Regelung für Geschwister nicht zulässt.

Frau Wagner erinnert daran, dass die Rauener Schule stark sanierungsbedürftig ist und die Amtsgemeinde sich darum kümmern muss, dass die Schule in einem ordnungsgemäßen Zustand versetzt wird.

Des Weiteren führt sie aus, dass sie eine Überlappung von Schulbezirken für Nonsens hält.

Herr Zänker kommt noch einmal auf das Problem von Alleinerziehenden zurück und fragt bei der Verwaltung nach, ob es Tipps gibt, was man den Eltern für solche Härtefälle mit auf den Weg geben kann.

Der Bürgermeister sagt, dass er nur empfehlen kann beim Schulamt, nach § 106 des Schulgesetzes, aus wichtigem Grund den Besuch einer anderen Schule zu beantragen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der Stadt Fürstenwalde/Spree (Schulbezirkssatzung).

Zustimmung Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert die Anwesenden, dass es in der gestrigen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses aus bisher unbekanntem Grund Probleme mit der Tonaufzeichnung gegeben hat.

Des Weiteren berichtet er zum Cash Management:

| | |
|-----------------|---|
| 182.151,46 € | SPK – Masteraccount |
| 10.000.000,00 € | Achmea Investment (NL) bis 17.10.2018 |
| 5.514,460,00 € | Deutsche Bank, CHF-Kredit 6.292.000 Mio CHF, Wechselkurs 1,1410 |
| <hr/> | |
| 15.696.611,46 € | |
| ===== | |

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Wende fragt nach, ob sich die Stadt an der Versteigerung der Grundstücke an der Hegelstraße beteiligt hat, worauf der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt an der Versteigerung nicht teilgenommen hat. Weitergehende Informationen gibt er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Wagner richtet ihre Frage an Herrn Stadtförstdirektor Weber und sagt dass sie am vergangenen Sonntag in eine wilde Schießerei (keine Ausschilderung, keine Warnflaggen etc.) in Nähe der Großen Tränke geraten ist.

Herr Weber teilt mit, dass keine Jagd stattgefunden hat, sondern eine Brauchbarkeitsprüfung für Jagdhunde.

Zum Sitzungsplan merkt Herr Dippe an zu prüfen, ob die Frist zwischen dem Termin für die Kommunalwahl und die konstituierende Sitzung ausreichend ist. Immerhin besteht zumindest die theoretische Möglichkeit, dass Personen ihr Mandat nicht antreten. Dieser Fall könnte dazu führen, dass am 13.6.19 noch nicht feststeht, wer der zukünftigen STVV angehören wird.

Auch Frau Wagner merkt zum Sitzungsplan an, dass ihr aufgefallen ist, dass der Sozialausschuss von Donnerstag auf Dienstag wechselt. Dies wird von der Mehrheit der Mitglieder nicht befürwortet. Der Sitzungsplan zielt auch darauf ab, dass Kreistagsabgeordnete die auch in der Stadt ein Mandat haben an der einen oder anderen Sitzung nicht teilnehmen können.

Wenn der Ausschuss mit dieser Verfahrensweise nicht einverstanden ist, so Herr Tschepe, kann er natürlich anders votieren.

Änderungswünsche hat auch Herr Rausch, zumindest für die erste Jahreshälfte was den Haushaltsüberwachungsausschuss betrifft. Dieser sollte näher an die STVV heranrücken.

Herr Tschepe merkt an, dass die Verwaltung schon versucht hat einige Punkte zu berücksichtigen, die aus den Diskussionen der letzten Jahre hervorgegangen sind. Dazu zählen dass der HAS immer zuletzt vor der STVV tagen soll. Außerdem gab es das Ansinnen einzelner, das es immer auch eine sitzungsfreie Woche gibt.

Der Vorsitzende empfiehlt, den Entwurf in den Fraktionen zu beraten und Änderungswünsche schriftlich einzureichen.

Herr Finka bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Bereich der Pintschbrücke eine Mülltonne aufgestellt werden kann.

Da der Geschäftsführer der Wohnungswirtschaft GmbH heute anwesend ist, bittet ihn Herr Fischer, auch im Zusammenhang mit dem gestrigen Stadtentwicklungsausschuss, zur Thematik Einbau von Barrieren im Durchgang Haus Schwan um nähere Erläuterungen.

Dr. Buhl führt aus, dass die Barrieren angebracht wurden, nachdem sich mehrere Bewohner der Wohnanlage bei der Wohnungswirtschaft darüber beschwert haben, dass Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit durch den Durchgang fahren und ein Bewohner bereits umgefahren wurde. Die Durchfahrt wurde auch durch motorisierte Verkehrsteilnehmer genutzt. Um dies zu verhindern haben die Mieter angefangen das Tor abzuschließen. Die Barrieren sollen das Durchfahren mit motorisierten Fahrzeugen unterbinden.

Dem Einbau wurde als Kompromiss zugestimmt um das Abschließen des Tores zu vermeiden. Am Freitag gibt es zu dieser Thematik ein Gesprächstermin bei Herrn Tschepe um nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen.

Herr Wende, als bekennender Radfahrer erinnerte daran, dass dieser Durchgang bei der Sanierung des alten Hauses als schnelle Fuß- und Radwegeverbindung Richtung Bahnhof politisch so gewollt war und forderte im gestrigen Stadtentwicklungsausschuss den Rückbau. Er fühle sich als Fahrradfahrer „schlicht und ergreifend verarscht“, weil er anhalten und absteigen muss. Wir sollten aufpassen, dass die kommunale Tochter nicht gegen Entscheidungen der STVV agiert. So wie es jetzt ist, kommt kein Rollstuhlfahrer durch.

Herr Dr. Buhl möchte auf das Gesagte von Herrn Wende antworten, was ihm untersagt wird.

Herr Zänker bittet den Bürgermeister darum, den Brandschutzbericht zum Tränkeweg bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Frau Seiler und Herr Dippe beantragen Rederecht für Herrn Dr. Buhl. Sie halten es für wichtig, dass die aufgeworfenen Fragen beantwortet werden, denn es geht um die öffentliche Sicherheit in der Stadt.

Abstimmung: Mehrheit dafür

Dr. Buhl weist darauf hin, dass er als Vermieter die Pflicht hat, die Sicherheit seiner Mieter zu garantieren. Daran kann auch eine politische Entscheidung nichts ändern.

Frau Seiler merkt an, dass dies ein öffentlicher Weg bleiben soll, es aber nur mit gegenseitiger Rücksichtnahme funktioniert.

Als Fußgänger in der Innenstadt, so Herr Sachse, gibt es das Problem, dass Kamikazefahrer auf dem Gehweg ohne Rücksicht durch die Stadt fahren und kann sehr gut verstehen, wenn Dr. Buhl dort eine Barriere aufstellt, um die Sicherheit zu gewährleisten. Er bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei um rigorose Kontrollen und die Verhängung hoher Strafen.

Herr Fischer weist darauf hin, dass die Fraktionen im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind und dort Einfluss nehmen können.

Herr Ksink fragt zum aktuellen Stand der Haushaltsplanung.

Herr Rudolph führt zunächst aus, dass er für die heutige Sitzung eine kleine Präsentation geplant hatte; die Zusammenstellung des Zahlenmaterials für den Ausschuss aber nicht rechtzeitig fertig geworden ist. Durch die Verwaltung wurde ein Rohhaushalt erstellt der zum Ziel haben soll, die Spielräume zu illustrieren. Dinge wurden aufgenommen, die vertraglich gesichert sind durch Beschlüsse, Satzungen, Richtlinien etc. Aus diesem Rohhaushalt resultiert ein Überschuss in Höhe von ca. 6,6 Mio € aus der laufenden Verwaltungstätigkeit. Hiervon müssen ca. 4,6 Mio € für die Tilgung von Krediten eingesetzt werden. Zwei Prioritätenlisten wurden erstellt. Eine Liste mit allen nicht gebundenen Maßnahmen und eine Investitionsliste mit Alt-Maßnahmen, die angedacht bzw. beschlossen wurden. Der Vorschlag seitens der Verwaltung ist, gemeinsam mit Vertretern der Fraktionen Haushaltsklausuren bis 22.11.18 durchzuführen, um gemeinsam zu beraten, wie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen werden soll.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Sitzungsteil und bittet nach einer kurzen Pause die Nicht-öffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Uwe Koch
Vorsitzender

Anke Marggraf
Protokollantin